

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 2.40 Mark. — An Nichterwerbsmitgliedern wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7523.

Schriftleitung und Verlagsstelle:  
Leipzig  
Gerberstraße 1, IV., Viktoriahotel  
Telephon 700.

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Anzeigengebühr für die dreizehnpaltene Kleinzeile 2.— M. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einfindung der Kosten angenommen.

Nr. 22.

Sonnabend, den 29. Mai 1920.

24. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

**Schweiz.** Die Brüder der Stadtverwaltung Etilages und der Betrieb des Pflasterunternehmens Wölfl Braun, Dürbach (für Pflastersteinarbeiter). Die Wism- und Steinwerke Niedermeubler. Der Betrieb des Steinmetzmeisters Robert Ende in Appenzeln (Schw.). Die Firmen H. Frank und Schumann, Oberhasli (Erzgeb.). Die Firma R. R. J. in Gmünd bei Acherseben. Firma Otto Hufe in Jena. Blag. Schnell in Kleinburg. Sämtliche Betriebe in Rausburg. Betrieb Josef Dittich, Dorfendorf (A. Schweiz). Werkplatz Schmidt und Schäfer sowie das Grabsteingeschäft S. Wiedel in Bremen.

### Streit:

In Oberalta 64, in Wetzlar 100 Kollegen. Im Oberalta Streit sämtliche Schleiferarbeiter. Es kommen circa 1000 Mitglieder in Frage. Ursache ist die Ablehnung entsprechender Stundenlöhne durch die Arbeitgeber.

**Weg (Wöhmen).** Sämtliche Betriebe der Steinindustrie in Deutschböhmen stehen in einem Lohnkampf. Die Firma Warghart in Prag hat bereits die Steinmetzen und Schleifer ausgesperrt. Arbeitsangeboten müssen selbstverständlich zurückgewiesen werden.

### Zugang ist ferngehalten:

auf der bereits genannten Orten (Eberze und Streit), nach Oberalta (Firma Heilmann & Braßard), Eberswalde, Oberalta, Steinindustrie von Otto Krage, Hirschberg i. Schichten, Mücheln, Torgau (Sle).

### Ereilichte Bewegungen:

**Chemnitz.** Die Inhaber der Grabbauwerke hatten kürzlich eine Aussperrung verfügt, weil sie die Löhne des schlesischen Landes nicht in der vereinbarten Höhe für Chemnitz anerkennen wollten. Nunmehr hat der Chemnitzer Schlichtungsausschuss in seinem Entscheid die Drehscheibe Vereinbarung festgelegt. Mehrere Straßen führen die Arbeiter sich jetzt dem Entscheid. Damit ist die Differenz beseitigt.

**Dresden a. S.** Durch Vereinbarung mit 100 M. Stundenlohn konnte der bereits gemeldete Streit noch verhindert werden. Auch die Arbeitspreise erfahren einen Zuschlag von 80 Prozent. Die Vereinbarung gilt 3 Wochen.

**Stah i. Rom.** Nach sechstägiger Dauer wurde der Streit der Steinmetzen beendet. Stundenlohn 4.25 M. Berlin nach einem Jahr 8 Tage, bis zur Höchstgrenze von 6 Tagen.

**Gera.** In kürzlichen Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurden folgende Löhne vereinbart: Ab 1. April Steinmetzen 4.80 M., Geisler 4.70 M., Hilfsarbeiter 4.20 M.; ab 1. Mai 5 M., 4.80 M., 4.40 M.

**Wittweba.** Am 20. Mai fanden infolge ergebnisloser Bezirksverhandlungen örtliche Verhandlungen statt. Vereinbarung wurde mit Herrn G. S., Petershütte Nachf. und Herrn Schwab und Söhne folgendes: Für Hilfsarbeiter pro Stunde 4.80 M., für Köhler, Schmiede, Feldarbeiter und Bohrer 5 M.; auf Akord wurden im Durchschnitt 7—8 Prozent bewilligt. Abgeschlossen wurde bis Ende Juni.

**Reinstal-Sandsteingebiet (rot).** Nachdem die Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation des Reinstals resultatlos verliefen, entschied der Schlichtungsausschuss Aachenburg a. M., daß ab 1. April folgende Lohnsätze zu gelten haben: Steinmetzen 1. Klasse 8.20 M. pro Stunde, 2. Klasse 8.10 M., 3. Klasse 8 M. Brecher und Bohrer im Hauptberuf 8.20 M., Steinbruchhilfsarbeiter und direkte Kämmer 8 M. Den jugendlichen Steinbrucharbeitern wird zu den bisherigen Löhnen eine Zulage von 90 Prozent gewährt. Die Behringssätze erhöhen sich um 50 Prozent. Den Brucharbeitern wird beim Vergraben (Unterminieren), wenn die Gefährlichkeit im Einverständnis mit dem Betriebsrat feststeht, auf die vorliegenden festgesetzten Grundlöhne eine Zulage von 20 Prozent gewährt. Den Arbeitern aus den Orten Nauenberg und Neuenburg wird, wenn sie nach den Vorprojektieren Brücken zum Arbeiten gehen, ein Weggeld von 15 Pf. pro Arbeitsstunde gewährt. Bei den Rembacher und Dienbacher Arbeitern bleibt es bei dem bisherigen Abzug, nach Festlegung vom 4. August 1919. Die Unternehmer nahmen nur teilweise den Schiedspruch an. Die Verbindlichkeitsklärung bei der Demobilisierungsfirma Nürnberg ist beantragt.

**Steigerwald-Sandsteingebiet.** Die Unternehmer nahmen jetzt endlich den Schlichtungsausschuss Röhlingen an. Inzwischen erfolgte auch durch die Demobilisierungsfirma die Verbindlichkeitsklärung. Eine vorläufige Streikbesetzung wäre somit zum Nachteil der Kollegen gewesen.

**Bahisches Muschelsteingebiet.** Nach dem Schlichtungsausschussentscheid von Eberbach, sind die Firmen in Gerbheim, Söpsingen, Grünsfeld und Krensheim verpflichtet, die Stundenlöhne gegenüber den bayrischen Kalksteinarbeitern zufolge der außergewöhnlichen Teuerung, um 40 Pf., rückwirkend ab 1. Januar 1920, zu erhöhen.

**Oberhasli bei Amdach.** Herr Steinbruchbesitzer Keller anerkannte die vom Schlichtungsausschuss Röhlingen für das Eberbacher Gebiet festgesetzten Lohnsätze auch für seine hiesigen Betriebe.

**Frankisches Muschelsteingebiet.** Die Unternehmer bewilligten den Steinmetzen ab 8. Mai eine Stundenlohnzulage von 30 Pf. und 50 Prozent auf den Akordtarif, den Brechern und Hilfsarbeitern vom gleichen Termin ab 30 Pf. und ab 1. Juni weitere 20 Pf. pro Stunde. Diese geringe Zulage nehmen die Kollegen als Abschlagszahlung an und überlassen die weitere Regelung dem Schlichtungsausschuss.

**Schweiz.** Die Aussperrung dauert hier nach an. Steinmetzen haben deshalb jeden Zugang nach der Schweiz zu unterlassen, bis die Beseitigung an dieser Stelle bekanntgemacht wird. Trotz wiederholter Warnung lassen sich Steinmetzen auf Versprechungen der Arbeitgeber nach der Schweiz locken. Wir ersuchen dringend davon Abstand zu nehmen. Die Kollegen stehen in der Schweiz in einem Lohnkampf.

## Gewerkschaften und Reichstagswahl.

Noch eine Woche, dann hat das gesamte Volk über die Zusammenfassung des ersten verfassungsmäßigen Reichstages zu entscheiden. Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen bewegt sich der Kampf der Parteien noch in gemäßigten Grenzen, in den letzten Tagen vor der Wahl werden die Wogen jedoch höher schlagen und wenn man die streifende Agitation der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in ihren Druckschriften und Plakaten usw. verfolgt, dann kann man schon erkennen, daß in den letzten Tagen vor der Wahl eine wahre Schommflut sich ergehen wird über alles, was die Arbeiterkraft erstrebt und was im Sozialismus verhörrt werden soll. Der Raum gestattet nicht, auch nur einige der festgesetzten Proben anzuführen, wir müssen da schon auf die Tagespresse vertrauen und raten unseren Kollegen Augen und Ohren offen zu halten, damit sie die nationalen, reaktionären Pluten abwahren können. Unser Kampf mit dem Stimmzettel gilt am 6. Juni in erster Linie gegen rechts, den Urhebern all unsres jetzigen Elends; er gilt den Sozialisten aus der Vorkriegszeit, die sich nicht scheuen, mit ihrer allbekannten Unversöhnlichkeit für die jetzigen Zustände die Arbeiterkraft und ihre Vertretung und der von ihnen propagierten Weltanschauung, verantwortlich zu machen. Jene Kreise, die den letzten Putsch, der uns tiefe Wunden geschlagen hat, auf dem Gewissen haben, scheuen vor nichts zurück, sie haben die nötigen Mittel, die nötigen Kräfte und die nötige Frechheit.

Den Gewerkschaften kann und darf es nicht gleichgültig sein, wie die Zusammenfassung des 1. Reichstages sich vollzieht, dort wird — vorläufig noch — über das Wohl und Wehe des Volkes entschieden von dem die Arbeitsschienen in Stadt und auf dem Lande der wichtigste Teil sind. In der Nationalversammlung, die am 19. Januar 1919 gewählt wurde, standen 185 sozialistische Abgeordnete (183 M. S. P. D., 22 U. S. P. D.) 288 bürgerlichen und reaktionären Abgeordneten gegenüber und dabei bildeten die 185 erscheinenden nicht eine geschlossene Front. Warum? Das soll jetzt nicht untersucht werden. Wir wollen und sollen nicht immer in Vergangenen herumtrödeln und dabei das Fundament übersehen. Die deutsche Sozialdemokratie — beide Parteien — befindet sich bei dieser Wahl in einer größeren und von allen Seiten schärfer heranzogenen Kampflage wie nie zuvor. Die M. S. P. D. hat daneben noch ihre bisherige Politik zu verteidigen, die U. S. P. D. „Waggenossen“, während beide zusammenstehen müssen für die Erhaltung der Republik. Das heißt für alle besser, was bisher die Arbeiterkraft oder Arbeiter der deutsche Proletariat an Erfolgen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ohne Zweifel zu verzeichnen hat. Um die nötige Einheitsfront zwischen uns herzustellen, ist Voraussetzung, daß man in Abwägung seiner Politik sich auf die gegebenen Tatsachen und tatsächlichen Verhältnisse einstellt und die Zustände nicht zu einschätzt wie sie sein möchten. Dabei braucht der grundsätzliche Standpunkt durchaus nicht verleugnet zu werden. Reichstagserei, persönlicher Kampf, Spitzbücherei haben noch nie eine Sache vorwärts gebracht; sie sollen deshalb im Interesse der gesamten Arbeiterkraft auch im jetzigen Wahlkampf nicht auf der Tagesordnung stehen und wo es trotzdem versucht wird, da müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit aller Energie sich das ernstlich verbitten. Es gilt die Reaktion abzuwehren, sie niederzuwerfen und damit das bisher Erreichte zu halten, damit es im neuen Reichstag weiter ausgebaut werden kann im Sinne des Sozialismus. Wenn dem Erfurter Programm erstrebt die Sozialdemokratie nicht die Klassenherrschaft, sondern die klassenlose Gesellschaft und als Mittel zu diesem Ziel kann nicht Gewalt herrschen, sondern nur die Demokratie in Frage kommen. Diese ist also nicht Selbstzweck wie bei den Deutsch-Demokraten, sie ist nur ein Mittel, um zur klassenlosen Gesellschaft zu kommen, unter Anwendung des Klassenkampfes, der wieder mit Mitteln der Demokratie zu führen ist. Doch wir wollen den Faden nicht weiter spinnen, denn wir sehen schon im Geiste das Stirnrunzeln einiger untrer Kollegen.

Der Volksgenosse und Genosin muß einsehen, daß Deutschlands gegenwärtige Lage beherrscht wird von den Bedingungen des Versailles Friedens. Der frühere deutsche Nationalreichtum von 350 Milliarden ist in nebelgraue Ferne gerückt. Die kriegsbedingten und fundierten Reichsschulden belaufen sich auf 200 Milliarden und als vorläufige Kriegsschuldung sind 90 Milliarden in — Goldmark kürzlich von unsrem Beimgen fixiert. Die Kohltlager Eisenerze, die eifasslichen Kalkwerke, die stillen Kornkammern sind verloren, die Saargruben auf Jahre hinaus verpfändet. Unsere Bodenkraft ist verkrüppelt. Deutschland kann keine Volksgenossen nur notdürftig ernähren, bleiben und behausen. Arm waren die deutschen Stämme schon oft nach ihrer Geschichte, aber noch niemals so verflaut und wehrlos wie durch den Versailles Frieden. Alles dieses laßt auf dem Gemüt besonders der Arbeiterkraft, es sollte uns anspornen, zusammenzustehen, um in kluger und weisheitlicher Politik die Zukunft auszubauen und dabei die jetzt Lebenden nicht zu vergessen. Friedensrevision ohne neue Kriege, das ist eins der vornehmsten und dringendsten Ziele der deutschen Sozialdemokratie.

Die Deutsche Arbeitgeberzeitung gibt für die Arbeitgeber folgende Parole für die Reichstagswahl aus:  
„Was zum Ausgang der bevorstehenden Reichstagswahlen werden sich die Geister noch schärfer als bisher in ein bürgerliches und sozialistisches Lager scheiden.“

Um dem Ansturm von links mit der nötigen Gefasstheit entgegenzutreten zu können, müssen während des Wahlkampfes alle Meinungsverschiedenheiten und Kämpfe zwischen den bürgerlichen Parteien ruhen, da sie in diesem Augenblick ein Verbrechen am deutschen Bürgertum wären.

Für uns steht der Feind jetzt nur links!  
Eine weitere Zerstörung unseres Wirtschaftslebens durch den unfruchtbarsten Sozialismus muß verhindert werden. Daher fordern wir die Arbeitgeber in allen Orten Deutschlands auf, unwirksam und mit aller Entschiedenheit für den festen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien einzutreten.

Die Stellungnahme der Arbeitgeber wird von ausschlaggebender Bedeutung für die Wahlen sein.  
Daher geht keinen Wennem an eine Partei, die sich nicht vorher Euch gegenüber verpflichtet hat, jeden Zwist und jede Meinungsverschiedenheit gegenüber allen andern bürgerlichen Parteien auszuschalten und ihre volle Stützpunkt einzig und allein gegen den Sozialismus zu richten.

Sollte eine politische Partei ein solches Abkommen ablehnen oder sollte sie es nachträglich brechen, so darf kein Arbeitgeber und kein Bürger für sie eine Stimme abgeben.  
Nach vollzogener Wahl mögen sich die Parteien gruppieren.  
Diese Parole ist deutlich und muß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft veranlassen, ebenso zu handeln. Die Arbeitgeber wissen, worum es geht in diesem Wahlkampf. In den bedeutendsten Aufgaben des künftigen Reichstages gehört die gesetzgeberische Durchführung des

stärksten Punktes der den Generalfreist vom März beendeten Abmachungen, der lautet:

„Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Scharfgezielte Einführung eines freiwilligen Beamtenrechts.“

In erster Linie ist hier an den Artikel 165 der Reichsverfassung zu erinnern, damit das dort vorgezeichnete Räteprogramm durchgeführt wird. Das Betriebsrätegesetz ist leider ein Kompromißprodukt, befriedigt nicht, aber es muß ausgebaut und auf die See- und Binnen-Schifffahrt, auf die Beamten ausgedehnt werden. Dann muß ein Gesetz geschaffen werden über die Entscheidung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. — Gesetz über Bezirks- und Reichsarbeitsrat. Sofortige Z. — Aufnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Dann muß die Zerspaltung der Arbeitsgerichtsbarkeit beseitigt werden. Wir haben noch kein Gewerkschaftsrecht, kein gesetzliches Recht auf Urlaub wie in Österreich. Das Problem der gleitenden Lohnskala, Berücksichtigung des Familienstandes in der Entlohnung, alles die Arbeiterkraft angehende Fragen, bei denen der Reichstag entscheidend mitzureden hat. Landarbeiter, Seeleute, Hausangestellte verlangen nach einem Recht, das ihren Sonderheiten Rechnung trägt. Das ganze Gebiet des Arbeitsrechts ist im Fluß und vom Reichstag bzw. seiner Zusammenfassung wird die Gestaltung abhängen. So sehen wir an diesen wenigen Ausführungen, was für uns auf dem Spiele steht. Hinzu kommt unsere schwierige Ernährungsfrage, die voran zu stellen ist, kommen wieder neue Steuern zur Deckung der Milliardenkosten des Reiches. Es sind eine Fülle neuer tief einschneidender Aufgaben vor neuen Reichstag zu lösen, die alle Gebiete unser Erziehung, im Beruf, in der Familie, wie im öffentlichen Leben berühren und die wir unmöglich hier alle aufzählen können.

Es folgte:  
„Der vierle Stand, in dessen Herzenstalten kein Keim einer neuen Bevormundung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlechte. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller.“

Und in der Entschloßung der Reichstagsfeier der deutschen Sozialdemokratie heißt es:

„Im Kampf der Sozialdemokratie gegen Reaktion und Kapitalismus, nicht im Streit der sozialistischen Richtungen fällt die Entscheidung über unsere Zukunft.“

Unsere Kollegen und Kolleginnen haben also gemäß ihrer praktischen Erfahrung zwischen beiden sozialistischen Richtungen zu entscheiden, aber es soll niemals übersehen werden, daß es nur zwischen diesen beiden abzuwägen gilt, wer den gewerkschaftlichen Forderungen mehr genügen ist in Anerkennung der tatsächlichen Lebensbedingungen der deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Stammsätze für irgend eine bürgerliche Partei darf für einen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter niemals in Frage kommen. Es gilt am 6. Juni, am Wahltag zum 1. Deutschen Reichstag, um unsere Zukunft für den Sozialismus! Gegen die Reaktion und die Vertreter des kapitalistischen Systems!

## Bericht vom Verbandstag.

III.  
Am 3. Verhandlungstage wurde in die Statutenberatung eingetreten; nachdem der Referent Kollege Walther vom Verbandsvorstand noch tags zuvor den Punkt behandelt; er wies auf die weitgehende Bedeutung der Anträge hin. Nicht nur die Beiträge und die Unterstellungen müssen erhöht werden, sondern auch unsere Verbandsverfassung erhebliche zeitgemäße Änderungen. Der Vorstand hat durch eine Umfrage an Zahlstellen aus verschiedenen Bezirken die Aufforderungen, Forderungen und Wünsche der Verbandsmitglieder festzustellen versucht; abgesehen von einigen lokalen Beeinträchtigungen, deckten sie sich im großen Ganzen mit den vorliegenden Anträgen der Verbandsinstanzen. Redner begründet die Anträge der letzteren und zieht dabei einzelne Vergleiche mit den aus den Zahlstellen gestellten Anträgen.

Er schildert die neuen Aufgaben, die in § 1 des Statuts näher umschrieben und als Programm festgelegt werden sollen, begründet die Beitragserhöhung, die Notwendigkeit zeitgemäßer Lokalbeiträge, die Jahresleistung der Beiträge auf 52 Wochen, außer im Krankheitsfall und die Erhöhung der Unterstützung in den wirtschaftlichen Nötfällen, Streit, Maßregelung, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Umzugskosten, Sterbefall. Die Herabsetzung der Grundziffer für die künftigen Delegierten wählen, Vergrößerung des Verbandsrates auf Grund der Branchengliederung. Er gibt bekannt, daß am Jahreschluss 1919 6400 Sandsteinarbeiter, 3200 Kalksteinarbeiter, 3000 Warmoritzer, 10 000 Graniter, 3200 Schleiferarbeiter und etwa 16 000 Arbeiter aus Pflasterstein- und Schotterbetrieben unter der Gesamtmitgliedschaft gezählt wurden. Bedauerlich sei, daß einige Zahlstellen sich an dieser Zählung nicht beteiligt haben. Nach dieser Branchenzählung müsse auch der Beitrag zusammengesetzt werden unter Berücksichtigung der Gaubezirke. Der Referent behandelt dann die vorliegenden Anträge und empfiehlt, sie in einer Generalbesatzung zu behandeln. Dann Ueberweisung der ganzen Materie an die Statutenberathungskommission. Vor dem Schluss der Tagesession macht Vorstand vom Ableben des Abgeordneten Burm Mitteilung, widmet den Verdiensten des Verstorbenen für die Sache des Proletariats anerkennende Worte. Die Delegierten hatten sich dabei von ihren Vätern erhoben zur letzten Ehrung. In der Debatte werden nun noch verschiedene Anträge eingebracht und im Sinne des Vorschlages des Referenten eine allgemeine zur Dienenierung für die betreffende Kommission.

Es wird verlangt, daß bei Zusammenziehung des Verbandsverbandes die Pflastersteinindustrie berücksichtigt wird. Einige Redner traten für weniger Beitragsklassen ein als wie der Vorstand in Vorschlag gebracht hat. Eine ganze Anzahl Anträge werden von Delegierten zurückgezogen und allgemein kommt zum Ausdruck, daß in Erwerbslosentfällen (arbeitslos und krank) für die ganze Dauer Erwerbslosentmarken gestellt werden können. Für und gegen Staffelung der Unterstützungssätze nach Dauer der Mitgliedschaft wird eingetreten, für noch höhere Streikunterstützung wie im Vorstandsatrag vorliegt, ebenso der andern Unterstellungen. Die Notwendigkeit der Beitragserhöhung wird durchweg anerkannt, in der beantragten Höhe erheben jedoch einzelne Delegierte Bedenken. Mit Rücksicht auf die vielen Wortmeldungen wird 5 Minuten Redezeit befristet, ebenso daß ein Redner nur einmal zum Worte kommt. Es wird dann verlangt, daß die Kriegsdienstzeit in Anrechnung kommt bei Bemessung von Unterstellungen, daß die Karenzzeit der ersten 3 Tage fortfällt usw. usw. Der Hauptreferent kommt zum Schluss noch zum Wort und geht auf die finanz-



...den die...  
...den die...  
...den die...

Den mit...  
...den die...  
...den die...

Der Reichsverband...  
...den die...  
...den die...

Bei Verhandlungen...  
...den die...  
...den die...

Resolution zum...  
...den die...  
...den die...

Im die Interessen...  
...den die...  
...den die...

Im unter...  
...den die...  
...den die...

Ausdrücklich...  
...den die...  
...den die...

Die Wahlen zum...  
...den die...  
...den die...

Soweit das...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

**Der Verbandstag hat beschlossen, daß die vor-  
gegebene Beitragserhöhung mit der 27. Beitrags-  
woche in Kraft tritt. (Woche vom 28. Juni bis  
3. Juli).**  
Etwaige Restanten ersuchen die ordnungs-  
mäßige Abrechnung mit dem alten und neuen  
Material, sowohl in der örtlichen wie in der  
zentralen Verwaltung.  
Ein Ausgleich rückständiger Beiträge muß des-  
halb mit der 28. Woche erfolgt sein.  
Am 28. Mai ist der 22. Wochenbeitrag fällig.

**An die Ortsausschüsse des Allgemeinen  
Deutschen Gewerkschaftsbundes!  
An die Ortsstelle der Arbeitsgemeinschaft freier  
Angestelltenverbände!**

Die Wahlen zu den Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten  
sind vor kurzem erfolgt. Die neugewählten Betriebsvereinigungen  
haben in erster Linie Arbeitnehmerinteressen zu vertreten; sie sollen  
gleichzeitig dafür sorgen, daß künftig in der Warenherstellung und Wa-  
renverteilung nicht lediglich private Gewinnmaximierung maßgebend blei-  
ben, sondern den allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen der ge-  
samten Bevölkerung Rechnung getragen wird. Die Handlungen der Be-  
triebsräte dürfen jedoch nicht vom Betriebsinteresse einzelner Beleg-  
stellen getrieben sein. Das kollektive Empfinden der gesamten wert-  
vollen Bevölkerung und das Streben nach Bewerksichtigung gemein-  
schaftlicher Gedanken sind die unbedingten Voraussetzungen für eine er-  
folgreiche Arbeit der Betriebsräte.

Diese großen Aufgaben können die Betriebsräte nur in Zusammen-  
arbeit mit den Gewerkschaften erfüllen. Dabei müssen Hand- und Kopf-  
arbeiter zusammenwirken. Die Schwierigkeiten, die durch die getrennte  
Organisation von Arbeitern und Angestellten hierbei entstehen, können  
und müssen überwunden werden.

Die unterzeichneten Zentralstellen der gewerkschaftlichen Organi-  
sationen der Arbeiter und Angestellten sind dahin übereingekommen, alle  
Maßnahmen zur Durchführung der Aufgaben der Betriebsräte gemein-  
sam zu treffen und zu diesem Zwecke eine gemeinsame

**Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte**  
einzurichten. Diese wird bis auf weiteres im Bureau des Allgemeinen  
Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO 16, Engelauer 15 IV, ihren  
Sitz haben.

Die Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte wird die Richt-  
linien für die Betriebsräte in kürzester Frist den Ortsausschüssen des  
Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Ortsstellen der  
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und den Ortsstellen der  
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände mitteilen. In gleicher  
Weise wie die Zentralstellen gemeinsam arbeiten, um die Tätigkeit der  
Betriebsräte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Zu diesem  
Zwecke sind die Betriebsräte in die Gesamtorganisation der Gewerks-  
chaften einzufügen. Eine örtliche Zusammenfassung nach Industrie-  
gruppen, wie sie durch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen  
Gewerkschaftsbundes in Berlin und Hamburg bereits vorgeesehen ist, wird  
sich als zweckmäßig erweisen. Hierbei darf eine Trennung zwischen den  
Mitgliedern der Betriebsräte, die aus Arbeitern, und aus Angestellten-  
kreisen gewählt sind, nicht eintreten. Die Ortsausschüsse des Allgemeinen  
Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Ortsstellen der Arbeiter müssen  
gemeinsam eine örtliche Zentrale für die Betriebsräte einlegen.

Mitte Juni wird die nach Beschluß des Ausschusses des Allgemeinen  
Deutschen Gewerkschaftsbundes herauszugebende Betriebsrätezeitung er-  
scheinen. Die von der Zentrale herauszugegebene Zeitung „Der Be-  
triebsrat“ wird fortbestehen. Ob eine Verhinderung der beiden Organe  
möglich und zweckmäßig ist, wird später entschieden werden.

Durch diese Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den gewerkschaft-  
lichen Organisationen muß ein gewaltiger wirtschaftlicher Fallor ent-  
stehen, der nicht nur zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens von den  
Folgen des Krieges, sondern zu seiner Umgestaltung zum Segen aller  
Arbeitenden entscheidend beitragen wird.

Jede Organisation der Betriebsräte, die einer bestimmten politischen  
Partei dienen soll, muß diesen naturgemäßen Entwicklungsgang fördern.  
Wer aus parteipolitischen Gründen eine Sonderorganisation der Be-  
triebsräte erstrebt, schwächt die wirtschaftliche Kraft der Arbeiterklasse.  
Diese kann und darf sich für die nächste Zeit und für absehbare Zeit  
nur in den Gewerkschaften konzentrieren und muß eins mit ihnen sein.  
Nähere Anweisungen über die Durchführung dieser Organisation  
werden den Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-  
bundes und den Ortsstellen der Arbeiter durch die unterzeichneten Zentral-  
stellen direkt übermittelt werden.

**Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.**  
C. Reigun.  
Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.  
Kaufhäuser. Urban. Winger.

**Aus den Zahlstellen.**

Duisburg. Am 7. Mai 1920 fand die monatliche Mitgliederver-  
sammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Berichterstattung von der  
Konferenz in Essen, Kartellbericht, Wahl des Vorsitzenden und Ber-  
richters. Kollege Sander gab Bericht. Sodann wurde zur Wahl  
eines neuen Vorsitzenden geschritten. Dieser hatte unter bisheriger Vor-  
sitzender Kollege Sander ein sehr gutes Bild von uns gezeichnet. Ein  
Streit als Streitvorbereitung zu etablieren. Ebenfalls kein Sohn Bern-  
hard Rommers. Beide hielten es für angebracht, bei ihrem Unter-  
nehmer weiterzuarbeiten. Bernhard Rommers als Schriftführer und der  
Vorsitzende Johann Rommers als Protokollführer. In unserer vor-  
letzten Versammlung wurde Rommers hierüber zur Rede gestellt.  
Trotzdem die Kollegen klare Beweise in der Hand hatten, machte Rom-  
mers die Sache so kompliziert, als wenn er die Arbeiten für sich ge-  
macht hätte. Rommers wachte er sich nicht mehr zu lassen, und legte

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

...den die...  
...den die...  
...den die...

haben, es möglich ist, die noch fernstehenden der Organisation zuzuführen. Freilich bedarf es der zähesten Agitation, denn bei uns gibt es noch zu viel Leute, die sich lieber unter die Fittiche des Pfarrers stellen als sich gemeinschaftlich zu organisieren. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden kürzlich, denn wir stehen weit hinter den Hilfsarbeitern anderer Betriebe, dazu müssen wir noch das Werkzeug stellen, selbst schärfen und die Rollen laufen. (7) Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 9. Mai in Bielefeld tagende Versammlung der Steinarbeiter Bielefelds verlangt sofortiges Zutrittsetzen des bayerischen Betriebsrats mit Rückwirkung vom 1. Dezember 1919. Einseitigliche Nachbesetzung aller Leitungsfunktionen. Die versammelten Steinarbeiter sind sich einig, bei solchen Verhältnissen unter keinen Umständen weiter zu arbeiten.“ Es wird noch bedauert, daß bis jetzt Gauleiter Schmidt verhindert war, zu was zu kommen. Die Zahlstellenvermittlung wurde dann beantragt, die Vorarbeiten zwecks Anerkennung des bayerischen Betriebsrats zu treffen. Kollege Heimerl weist noch auf die Bedeutung unseres Verbandes hin und erklärt es als Pflicht jedes Organisierten, die Verhandlungen zu besuchen, sowie das Fachorgan aufmerksam zu lesen und bei etwaiger Beitragserhöhung nicht die Stirne ins Korn zu werfen.

**Rundschau.**

**Rohmaterialmangel in den Schleifereibetrieben.** Aus einigen Schleifereibetrieben wird uns gemeldet, daß an bayerischen Granitorten großer Mangel herrsche. Die Einfuhr aus Schweden kann nicht mehr als lohnend angesehen werden, denn der Kubikmeter roher Granit in ruter und schwarzer Farbe stellt sich auf 6000 bis 7000 Mark. Nun sind in den letzten Wochen in Fichtelberg, in Jannowitz, Niesengebirge, durch die Firma Paetsche die ergiebigen Steinbrüche wieder eröffnet worden, die den tüchtigen Niesengebirgsgranit liefern. Wie wir aus eigener Erfahrung wissen, kann jedes Quantum und jede Dimension gewonnen werden. Die Steinbrecher und auch die Abräumer, die sämtlich unterem Verbands angehören, sind erfreut darüber, daß diese Betriebe wieder erschlossen wurden, denn unsere Kollegen brauchen nun nicht mehr außerhalb zu arbeiten. Unter all den bayerischen Granitorten, die deutsche Steinbrüche zu liefern vermögen, muß das Niesengebirgsmaterial als vorzüglich angesehen werden. Wir wünschen nur, daß die deutschen Schleifereibetriebe immer mehr auf den Niesengebirgsgranit zurückkommen. Allerdings läßt sich dieses Gestein feintechnisch nicht so gut verarbeiten, und die Verbandsleitung wird dafür Sorge tragen, daß bei der nächsten Revision des Schleifereibetriebs ein höherer Granitpreis als wie bisher festgesetzt wird. Es liegt nun am Verbandsleiter Granitwerke, ob die Betriebe in Fichtelberg und Jannowitz aufrecht erhalten werden können, was nur der Fall sein kann, wenn ein bestimmtes Quantum an Rohmaterial von den Schleifereien abgenommen wird.

**Zur Information.** In den Berichten der Tagespresse werden sehr häufig die verschiedenen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen verwechselt, weil deren Zentralstellen ähnliche und gleichlautende Benennungen führen. „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“ — „Deutscher Gewerkschaftsbund“ — „Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter und Angestelltenverbände“ — Der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“ umschließt alle freien Gewerkschaften Deutschlands, auch der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands“ ist ihm angegliedert. Die frühere Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands bildet seit 1919 den Bundesvorstand, die frühere Konferenz der Verbandsverbände dessen Bundesrat und der Gewerkschaftsleiter dessen Bundesrat. Die Vorsitzenden des Bundesrates sind Legien, Grahnert und Cohen; offizielles Organ ist das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, dessen Redakteur Paul Umbreit ist. Der „Deutsche Gewerkschaftsbund“ umschließt alle mehr oder weniger sozialistisch gerichteten Gewerkschaften, also die jüdischen christlichen Gewerkschaften oder Verbände; seine Hauptgruppen sind die Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften und der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften. Der Vorsitzende dieses Bundes ist Siegelwald. — Der „Gewerkschaftsbund“ umschließt die mehr oder weniger „national“ gerichteten Arbeiter- und Angestelltenverbände; seine Hauptgruppen sind: der Verband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dumler), der Allgemeine Eisenbahnerverband, der Verein der Deutschen Kaufleute zu Berlin und der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.

**Die Not der Gewerkschaften.** In der Tagespresse wird immer wieder hingewiesen auf die gesteigerten Unkosten, die zu einer weiteren unaufrichtlichen Verteuerung der Zeitungen führen. Diese Not beklagt sich natürlich nicht nur auf die Tagespresse, sondern sie macht sich auch in den Gewerkschaften recht fühlbar bemerkbar. Ein Beispiel dafür gibt jetzt der „Courier“, das Jahrgang des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Wir lesen da: „Die maßlose Steigerung der Papierpreise und die Erhöhung des Portos verurteilen unseren Verband für keine Presse eine Jahresausgabe von rund 8 Millionen Mark. Diese hohe Summe belastet unsere Verbandsfinanzen so stark, daß unbedingt an eine wesentliche Einschränkung dieser Ausgabe gedacht werden muß. Der erweiterte Verbandsvorstand hat deshalb beschlossen, den Umfang des „Couriers“ auf 4 Seiten herabzumindern und nur in ganz dringenden Fällen eine Ausnahme zu machen.“ Was für den „Courier“ zutrifft, gilt selbstverständlich auch für die übrigen Gewerkschaftsblätter, also auch den „Steinarbeiter“; so erfordert allein unsere Papierrechnung für das 2. Vierteljahr in dem jetzigen sowie schon beständlichen Umfang 51.265,25 M. Hält diese Preissteigerung an, wird das Erscheinen mit 4 Seiten und wöchentlich in Frage gestellt. Druck- und Portokosten sind bekanntlich auch ungeheuer gestiegen.

**Schritte für Betriebsräte.** Im Herbst soll in Deutsch-Oesterreich die Schulung der Mitglieder von Betriebsräten allgemein gründen in Angriff genommen werden. Da es aber an geeigneten Lehrkräften für diese Betriebsräte fehlt, finden jetzt bis Ende Juli in Wien auf Veranlassung der Staatskommission für Sozialisierung Kurse statt, in denen die Lehrkräfte herangebildet werden. Es wäre zu empfehlen, auch Deutschland mit einem Reihe von Betriebsrätelehren zu übersehen und auch bei uns durch eine Veranstaltung jener Art die nötigen Lehrkräfte heranzubilden, die auch bei uns bei der Notwendigkeit der Einrichtung fehlen werden.

**Dresden.** Die Inhaber sämtlicher Grabsteingehäute von Dresden und Umgebung haben sich zu einer Grabsteingehäute Gruppe, Ortsgruppe Dresden und Umgebung d. D.-O.-L.-A., J. P. Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Steinindustrie, zusammengeschlossen. Abgemacht wurde beschlossen, infolge der hohen Unkosten alle jährlichen Arbeiten und Restaurierungsarbeiten zu beschleunigen und der dafür bezahlten Betrag bei Erteilung des Auftrags auf den Kaufpreis gutzuschreiben. Die wenigstforderten Beträge, sowie das Ueberbleiben von Restaurierungen soll fünfzig Mark betragen.

**Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.**

**Stellenbesetzung im Steinarbeiter-Verband.**  
Nachstehende Stellen sind laut Beschluß des Bamberger Verbandstages baldmöglichst zu besetzen:  
1. ein besoldeter Gauleiter für den Gaubezirk Berlin.

Die Bewerber haben die Themen zu bearbeiten:  
a) Die Gewerkschaften nach der Revolution;  
b) Das Tarifwesen in der deutschen Steinindustrie.  
2. Bezirksleiter:  
a) für den Bezirk Solnhofen-Weißenburg (Mittelfranken) mit dem Sitz in Solnhofen. Zur Verarbeitung gelangt in diesem Bezirk der Solnhofener Lithographiestein sowie der Juramarmor;  
b) für den Oberrheinischen Bezirk mit dem wahr-scheinlichen Sitz in Siegen. Zur Verarbeitung gelangt in jenem Gebiet meistens Basalt, Basaltlava und Granit.  
3. Im Hauptbureau werden zwei Sekretäre an-gestellt.

Die Bewerber für die Bezirksleiter, sowie Sekretä-  
stellen haben folgende Themen zu bearbeiten:  
a) Die Entwicklung des Steinarbeiter-Verbandes.  
b) Das Tarifwesen in der deutschen Steinindustrie.  
Bewerber müssen mindestens 5 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. — Die Gehaltsätze aller Angestellten be-richten sich nach den Beschlüssen des 8. Verbandstages in Bamberger.

Die Bewerbungen sind bis Donnerstag, den 3. Juni, an  
A. Staudinger, Leipzig, Gerberstraße 1, IV, Hotel Viktoria,  
einzureichen. Der Briefumschlag hat die Aufschrift „Be-werbung“ zu tragen. Das Verbandsbuch ist ebenfalls be-zulegen.

**In die Schleifereibetriebe!**  
Der Bamberger Verbandstag hat beschlossen, daß der Reichslohntarif für die Schleifereibetriebe einer Revision unterworfen werden soll. Die Schleifereibetriebe werden deshalb ersucht, ihre Abänderungsanträge, übersichtlich ge-ordnet, bis zum 10. Juni an den Verbandsvorstand einzu-reichen. Wir ersuchen die Zahlstellen, diesen Termin auf-  
genau einzuhalten.

**Betrifft Geschäftsbericht!**  
Der Geschäftsbericht für die Jahre 1917, 1918 und 1919 wird an die Zahlstellen von dieser Woche ab versandt. Wir haben vor einigen Monaten den Zahlstellen mitgeteilt, daß wir für ein Exemplar 1 Mark berechnen. Das Stück stellt sich aber nach den neuesten Berechnungen einschließlich Druck, Papier, Umschlag und Buchbinderarbeit auf 4 Mark. Wir müssen deshalb den Zahl-  
stellen das Exemplar mit 2 Mark in Anrechnung bringen. Die Zahlstellen mögen davon Kenntnis nehmen.

**Allgemeine Bekanntmachungen.**

**Ofermühle.** Von den frei organisierten Steinarbeitern der Rheinisch-Westfälischen Railwerke, Abteilung Ofermühle, wurden für die Hinterbliebenen der gefallenen Freiheitskämpfer 1192 Mark gesammelt und der Bezirksstellen in Düsseldorf über-wiesen.  
Die Zahlstellenerwaltung,  
J. A.: Fröh Grabe.

**Breslau.** Für Sonderunterstützung außer der staatlichen sind für den erledigten Streit noch folgende Beträge ein: Krieg 54 M., Schmierer und Nachtwitz 60 M., Köhn 800 M., Pirna 500 M., Königberg 200 M., Frankfurt a. O. 185 M., Rüttenberg 200 M., Strehlen 182 M., Hildesheim 78,50 M. Den Spendern unseren besten Dank.  
2. Mai, Kassierer, Poststr. 28 III.

**3. Gau: Köln.** Der Gauleiter des 3. Gaus, Kollege Herrmann, ist erkrankt und seine Aufgabe in eine heilsamtlich erfolgt. Der Vorstand ersucht die Zahlstellen, mit dringenden Anforderungen sich vorläufig an ihre Bezirksvertreter zu wenden, die in Aussicht ge-nommene Vertreter für den erkrankten Kollegen nach im nächsten „Steinarbeiter“ bekanntzugeben.

**Adressänderungen.**

- 2. Gau.  
Pöschel (Schlef.). Vorf.: Carl Schiller.
- 5. Gau.  
Duisburg. Vorf.: Josef Rensberg, Duisburg-Hochfeld, Gärtenstraße 134 b. Raff.: Friedrich Dirschler, Rulkstr. 46.  
Ofermühle. Vorf. u. Raff.: Fröh Grabe, Meiersberg 45 b, Post Heiligenhaus, Niederrhein.
- 7. Gau.  
Braunsch. Vorf.: Christoph Engel, Dobrach bei Ronach Nr. 8.  
Lütling. Vorf.: Josef Kaiser.
- 8. Gau.  
Gundelsheim. Vorf.: Georg Handshigl. Raff.: Ambr. Fischer.  
Göppingen. Vorf. u. Raff.: Rainald Kaiser, Steinmetz in Göppingen in Baden.  
Karlsruhe a. M. Vorf.: Franz Keller, Härberggasse 881. Raff.: Philipp A. H. Hofner, Gerbergasse 408.  
Königsheim. Vorf.: Bernhard Henneberger. Raff.: Carl Höpfer.  
Langfurt a. M. Vorf. u. Raff.: Anton Liebler, Gomburg am Rain, Gau Nr. 73.  
Reichshausen. Vorf.: Fins Söllner. Raff.: Anton Büttner.

**Neue Bücher, Zeitschriften usw.**

- „Der Firt“. Sozialistische Rundschau über das politische, wirt-schaftliche und kulturelle Leben. „Der Firt“ erscheint vierzehn-tägig und ist durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag Berlin W 57 zu beziehen. Abonnementpreis: Vierteljährlich (sechs Hefte) 5,50 M. Einzelhefte 1 M. Das Abonnement kann von jeder Nummer an beginnen. Probennummer kostenlos.
- „Wiener Handwerker“. Von Paul Umbreit. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Friedrichs. Preis 2,50 M. 20 Pro-zent der Einnahmen werden nach Wien abgeführt. Wir haben vor längerer Zeit einige Kapitel zum Abdruck gebracht.
- „Das Reichslohnrecht mit Beihilfeerteilung und Wahlordnung“, erläutert von Emil Eichhorn. Preis 4.— M.
- „Der Betriebsrat im Reichslohnrecht“. Gemeinverständliche Dar-  
stellung und Erläuterung aller den Obmann betreffenden Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes und der Wahlordnung von Rudolf Bed, Arbeitssekretär in Königsberg i. Pr. Preis 2,50 M.
- „Schulprogramm“. Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der Unabhängigen sozialdemokratischen Reichsvereine für die Reichs-  
leitung und Bildungsamt, mit einem Vorwort von Georg Ledebor. Preis 1,50 M.
- „Der Kampf um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“. Zusammen-  
fassende Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials und ausführ-  
lichen Prozeßbericht. Mit Portrait der Ermordeten und Bildern der Angeklagten. Preis 6.— M.
- „Die vier gemalten Weissen sind zu beziehen durch Verlags-  
gesellschaft „Freiheit“, c. G. m. b. H., Nollendorfplatz 10, Ber-  
lin S 2, Buchstraße 8/9.

**Berlin (Bewerbung).**  
Die Stelle des Lokationsstellen der Zahlstelle Berlin wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Anstellung kommt nur für Berliner Kollegen in Frage, weil die örtlichen Verhältnisse un-bedingte Kenntnis der örtlichen Verhältnisse erfordern. Vor allem wird auf Pünktlichkeit geachtet, die Zahlstelle in jeder Beziehung zu ver-treten. — Bewerbungen nebst einer schriftlichen Abhandlung: „Die wirtschaftliche Lage der Berliner Steinarbeiter“ sind bis zum 5. Juni an die Zahlstelle Berlin, Engelstraße 15, Zimmer 7, zu richten.  
Die Ortsverwaltung,  
L. A.: Lloewick.

**Berlin (Bewerbung).**  
Die Stelle des Lokationsstellen der Zahlstelle Berlin wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Anstellung kommt nur für Berliner Kollegen in Frage, weil die örtlichen Verhältnisse un-bedingte Kenntnis der örtlichen Verhältnisse erfordern. Vor allem wird auf Pünktlichkeit geachtet, die Zahlstelle in jeder Beziehung zu ver-treten. — Bewerbungen nebst einer schriftlichen Abhandlung: „Die wirtschaftliche Lage der Berliner Steinarbeiter“ sind bis zum 5. Juni an die Zahlstelle Berlin, Engelstraße 15, Zimmer 7, zu richten.  
Die Ortsverwaltung,  
L. A.: Lloewick.

**Anzeigen**  
**Augsburg.**  
Die am 6. Juni stattfindende Bezirksversammlung wird mit Rücksicht der am selben Tage stattfindenden Reichstagswahlen zum 12. Juni einberufen.  
J. A.: Steinbauer, Vorsitzender.

**Wehrs Steinhauerbürsten** liefert jedes Quantum Kollege Gg. Wehr, Steinmetz, Neustadt/Aisch (Bayern).

**Knüppel, Steinhauerbleistifte**  
**Sobelbandstahl, Werkzeuge,**  
liefert prompt  
**Man. Münster, Chemnitz i. Sa.**

**Auf sofort 2 bis 3 Steinmetzen**  
welche Schrift bauen können, gesucht. Lohn nach hiesigerem Tarif  
**Martha Nieke Wwe.,** Steinhauerin, Deirie b. Hann. Wilhelmstr. 80

**Mehrere tüchtige Brecher u. Steinmetzen stellt ein**  
Fr. Schneeborgs Neht., Inh.: Wilhelm Brandt, Langelsheim (Harz).  
Ein Stundenlohn von 5.— Mark und 5,25 Mark wird garantiert.

**Steinmetzen, Schriftthauer und Verzierungsarbeiter**  
werden sofort noch eingestellt  
**E. Wolf & Co.,** Werkstätten für Friedhofbau, Treptow a. Rega.

**1 tüchtiger Steinmetz und 1 Schriftthauer**  
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Lohn pro Stunde 5,25 Mk.  
**Wilh. Brünig, Grabsteingeschäft, Osnabrück.**

**1 gewandter Schleiferpoffer**  
Bedingung: unbedingt sicherer Tischrechner. Nur Bewerber, welche schon längere Zeit auf diesem Gebiete tätig waren, können berücksichtigt werden. Neu gebaute Wohnung, welche sofort bezogen werden kann, steht zur Verfügung. Angebote an die Schriftleitung des Blattes.

**Suchausstellung für dauernde Beschäftigung**  
**1 tüchtigen Steinmetz für Grabstein-Arbeiten.**  
**Krau Fr. Kemper Wwe.,** Remau i. Lippe.

**2 Granitschleifer** können sofort in dauernde Stellung eintreten.  
**E. Kinze, Berlin-Steinitz.**

**Tüchtiger Handchleifer auf Granit sofort gesucht!**  
Harzer Granitwerke, Bernigerode, Friedrichstraße 86.

**Gestorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Lebensanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingeladen werden.)  
In Frankfurt a. M. am 10. Mai der Steinmetz  
**Ferdinand Ehrhard, 48 Jahre alt, Lungentuberkulose.**  
In Siegelanger am 19. Mai der Sandsteinmetz  
**Nikolaus Brech, 57 Jahre alt, Lungentuberkulose.**  
Ehre ihrem Andenken!  
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von  
Alois Staudinger, Brüder in Leipzig,  
Schmidt in der „Freien Presse“ Leipzig.